

Gesellschaft im Überfluss

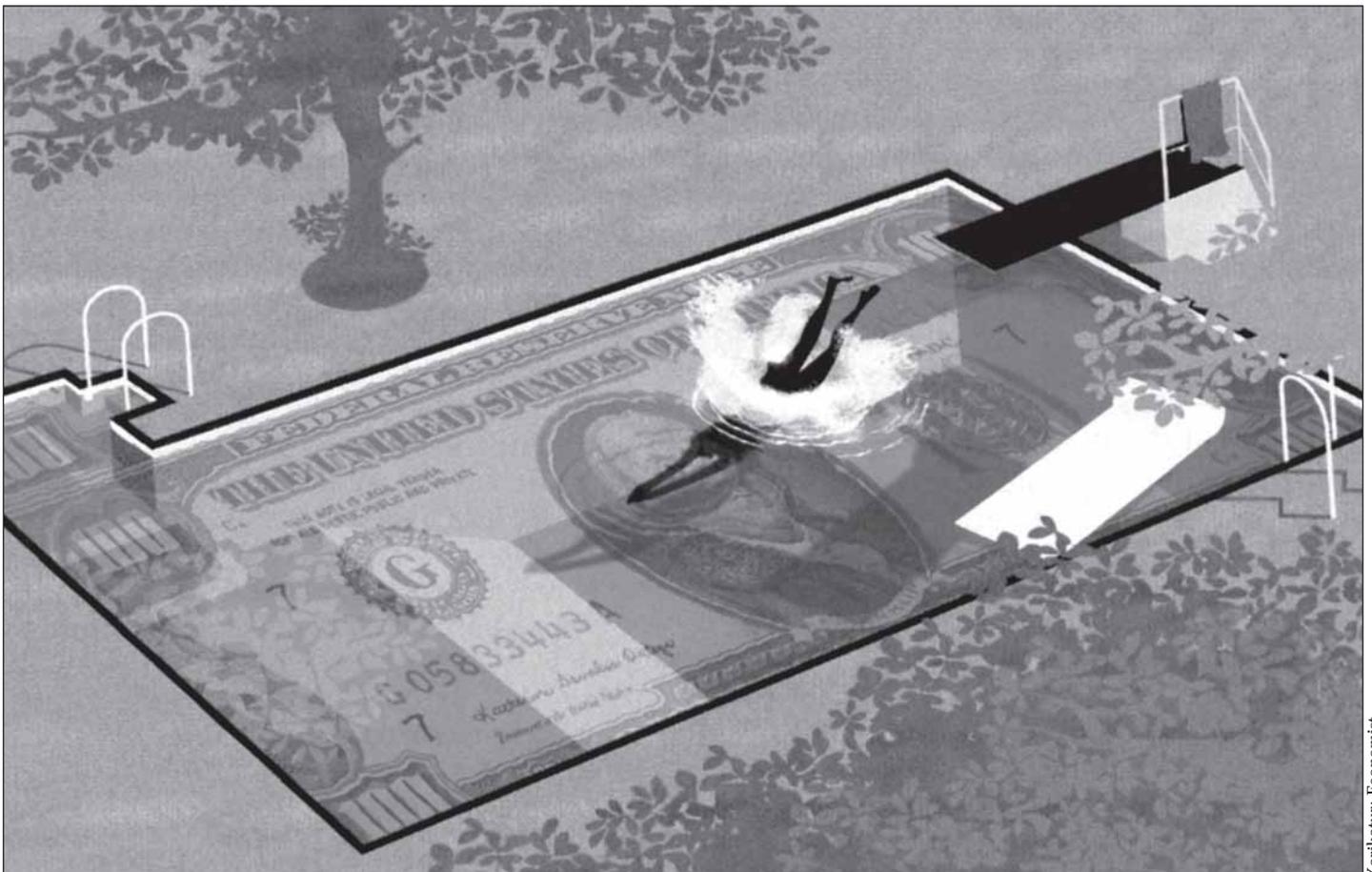
Zwischen bedingungslosem Grundeinkommen, Mindestlohn und Vollbeschäftigung

von | Joachim Bischoff

Es ist aus der gesellschaftspolitischen Debatte nicht mehr wegzudenken – das bedingungslose allgemeine Grundeinkommen (BGE). Mehr noch: Es hat sich gleichermaßen im bürgerlichen wie im linken politischen Spektrum zum Patentrezept gegen alle möglichen Fehlentwicklungen und Entfremdungsphänomene der spätkapitalistischen Gesellschaft gemauert. Joachim Bischoff diskutiert die Implikationen dieser gern als »Sozialutopie« daherkommenden Positionen.

In der jüngsten Studie des neoliberalen Forschungsinstituts HWWI werden folgende positive Attribute eines allgemeinen bedingungslosen Grundeinkommens ausgemacht: »Die Einführung des Grundeinkommens wäre für Deutschland eine sozialpolitische Revolution... Es ist volkswirtschaftlich effizient und finanzierbar... Die Idee ist nicht neu und doch aktueller denn je: Ein bedingungslos gewährtes Grundeinkommen ist ein transparentes Umverteilungs- und Sozialsystem mit höchster Effizienz. Es verhindert wirksam und nachhaltig Einkommensarmut und kommt mit einem Minimum an Bürokratie

aus. Es funktioniert ohne staatlichen Berechtigungsprüfungs-, Ermittlungs- und Kontrollaufwand... Das Grundeinkommen ermöglicht ein lebenslanges Lernen... (und) erhöht die Risikobereitschaft der Menschen... Zudem wirkt die mit einer sicheren Existenz verbundene neue Freiheit motivierend und befreiend auf die Menschen und verbessert das soziale Klima in der Gesellschaft. Es wird niemand mehr deshalb stigmatisiert, weil er keine Erwerbsarbeit leistet. Andere Formen von Arbeit werden ebenso anerkannt... Das Grundeinkommen macht es wesentlich leichter, Beruf und Familie zu verbinden.« (Hohen-



leitner/Straubhaar 2007). Dass Plädoyers für einen sozialpolitisch-kulturellen Paradigmenwechsel neuerdings vor allem in konservativ-neoliberalen Denkfabriken und in Teilen der wirtschaftlichen Elite größere Aufmerksamkeit finden,¹ erklärt sich aus der wachsenden sozialen Spaltung, Prekarisierung und Armut in den kapitalistischen Hauptländern (siehe hierzu Bischoff 2007a). Die herkömmliche wohlfahrtsstaatliche Antwort auf diese Herausforderung hat nicht nur den staatlichen Verwaltungsaufwand exponentiell erhöht, sondern eine repressive Ausforschungs- und Kontrollbürokratie wuchern lassen. Von einem BGE versprechen sich Vordenker aus dem bürgerlichen Lager einen doppelten Effekt: Abbau des Staates (»Bürokratie«) und Verzicht auf regulative Eingriffe in das Marktgeschehen.

Die Kontroverse

Deutschland steckt gegenwärtig mitten in einer harten gesellschaftlich-politischen Kontroverse über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. BGE-Protagonisten lehnen diesen Weg ab und plädieren für eine steuerfinanzierte Grundsicherung – in der radikalsten Variante für ein bedingungslos allen Bürgern gewährtes Einkommen unabhängig von der Teilnahme am gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess. Lange war dies im bürgerlichen Lager als »Recht auf Faulheit« verpönt, würden durch Auflösung des Zusammenhangs von Einkommen und Arbeit doch alle bourgeoisen Wertorientierungen untergraben. Inzwischen hat sich die Argumentation um 180 Grad gedreht. Der Beitrag des BGE zur Lösung der Verteilungskonflikte der kapitalistischen Gesellschaft sieht nun folgendermaßen aus: »Das Grundeinkommen ... mindert den Zielkonflikt zwischen ökonomischer Effizienz und sozialer Gerechtigkeit. Ein von der Wiege bis zur Bahre für den Säugling wie den Greis gleich hohes Grundeinkommen ist sozial, weil alle gleich und gleichermaßen behandelt werden. Es ist liberal, weil es bedingungslos allen gewährt wird. Es ist ökonomisch effizient, weil es als Universaltransfer alle anderen Umverteilungsinstrumente und insbesondere alle sozialpolitisch motivierten Eingriffe in den Arbeitsmarkt überflüssig macht. Und es ist finanzierbar, weil es nur das Existenzminimum sichert und damit starke Anreize setzt, durch eigene Arbeit möglichst viel dazuzuverdienen.« (Straubhaar in taz vom 30.4.2007)

Kritikern dieser Konzeption der Verschränkung von Effizienz, Marktsteuerung, Staatsbegrenzung und sozialem Ausgleich wird Strukturkonservatismus, Innovationsresistenz und Denkfaulheit vorgeworfen. Im Grunde seien sie über Modelle einer Vollbeschäftigungsökonomie nie hinausgekommen. Dierk Hirschel, Ökonom beim Bundesvorstand des DGB, wird mit der Einschätzung zitiert: »Hätten wir nur fünf Jahre Aufschwung, würde niemand über das bedingungslose Grundeinkommen reden, denn Wachstum schafft Beschäftigung.« (taz vom 30.4.2007) Und Gustav Horn, Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, ergänzt: »Unter solchen Bedingungen könnte die Zahl der Arbeitslosen auf unter zwei Millionen Menschen sin-

ken, und die Erwerbslosenquote läge bei vier bis fünf Prozent.« (ebd.) Der Großteil des linken politischen Spektrums verfolgt in diesem Sinne eine Politik der Beschäftigung »neuen Typs«. Durch eine stärkere Ausrichtung der wirtschaftlichen Dynamik auf die Binnenökonomie – so die Grundüberlegung – könne ein Wirtschaftswachstum generiert werden, mit dem die Arbeitslosigkeit deutlich reduziert und die finanziellen Fundamente der sozialen Sicherungssysteme wieder stabilisiert würden. Eine nachhaltige Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt unterstellt die Aufhebung der Lohnzurückhaltung, den Ausbau öffentlicher Investitionen und deutliche Schritte bei der Verkürzung der Arbeitszeit.

Das Argument, die politische Konjunktur des BGE sei im Grunde nur der wirtschaftlichen Wachstumsschwäche geschuldet, wird deren Verfechter nicht im geringsten irritieren. Selbstverständlich räumen diese ein, dass die gegenwärtige Arbeitslosigkeit auch einen konjunkturellen Hintergrund hat. Allerdings bestehen sie auf der These, dass der eigentliche Grund der strukturellen Arbeitslosigkeit in der hohen Arbeitsproduktivität zu suchen ist. Zwar könne der Rückgang der industriellen Produktion mit einem Beschäftigungsaufbau im Bereich von – vor allem sozial-kulturellen – Dienstleistungen einhergehen. Doch gerade in den unteren Bereichen bleibe das Problem der Kumulation von Lohnarmut, prekärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, das nur auf zwei unterschiedlichen Wegen therapierbar sei: entweder durch permanente arbeitsmarktpolitische und wohlfahrtsstaatliche Interventionen, oder aber durch materielle Existenzsicherung. Selbstredend, dass neoliberale BGE-Protagonisten ersteren ausschließen – durchaus um Anschlüsse an traditionelle Argumente aus der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung bemüht, die den Strukturwandel der Lohnarbeit immer auch als Chance für eine Befreiung von körperlich schwerer und stark belastender Tätigkeit begrüßt habe: »Ständig produzieren wir immer mehr Güter und Dienstleistungen... Dafür müssen jedoch immer weniger Leute einer von anderen organisierten und bezahlten Arbeit nachgehen... Heute gelingt uns das dank der Maschinen und dank optimierter Arbeitsprozesse.« (Werner 2007: 21)

Eine Verständigungsplattform?

Der entscheidende Unterschied in den Begründungen für das Pro und Contra eines Paradigmenwechsels zu einem auf dem allgemeinen Grundeinkommen basierenden Sozialsystem ist nicht die Bewertung von Konjunktur und Wirtschaftswachstum oder die Befürchtung vom Bedeutungsverlust der Erwerbsarbeit, sondern die unterschiedliche Haltung beim Umgang mit der wachsenden sozialen Ungleichheit. Die Verfechter des Grundeinkommens gehen von dem Machtverlust der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung aus. Sie plädieren für einen qualitativen Sprung bei den sozialen Bürgerrechten durch ein BGE, weil dies angesichts der real existierenden so-

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von *Sozialismus*.

¹ Einen Überblick über die neuere Debatte gibt Busch (2007) in der Berliner Debatte Initial 18; vgl. auch die anderen Beiträge in diesem Themenheft.

zialen Spaltung ein neues Kapitel der Individualitäts- und Kreativitätsentwicklung bei Fortführung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzuschlagen erlauben würde. Wenn wir in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung weiterkommen wollen, dann müssten sich Anhänger und Kritiker der Konzeption eines allgemeinen Grundeinkommens auf folgende gesellschaftliche Tendenzen verständigen können:

1. Die strukturelle Arbeitslosigkeit geht letztlich auf die hohe Arbeitsproduktivität zurück.
2. In den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften wird diese Produktivitätsentwicklung nicht beherrscht – was durch Strukturpolitik, Arbeitszeitverkürzungen und den gezielten Ausbau von sozial-kulturellen Dienstleistungen gleichwohl möglich wäre.
3. Aufgrund der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Bereich der materiellen Produktion kommt keine zukunftsfähige Verteilung der Produktivitätsfortschritte zustande. Götz Werner räumt ein, dass die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums lange Zeit eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital war. »Dies zu garantieren, nämlich dass Menschen über ein ausreichendes Einkommen verfügen und möglichst gerecht am Erfolg ihrer Unternehmen wie am allgemeinen Wachstum des gesellschaftlichen Wohlstandes beteiligt werden, war das historische Verdienst der Gewerkschaften und die unverzichtbare Funktion verbindlicher Flächentarifverträge.« (Werner 2007: 105)

Fakt ist, dass die Gewerkschaften durch die Massenarbeitslosigkeit und den wirtschaftlichen Strukturwandel so geschwächt sind, dass sowohl die Beteiligung der organisierten Lohnabhängigen an der Entwicklung des gesellschaftlichen Wohlstandes (Lohnentwicklung, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen) als auch die paritätische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme unzureichend bleiben. Mit dem Übergang zum Finanzmarktkapitalismus und der Vorrangigkeit des Shareholder value-Prinzips in den Großunternehmen breitet sich die Prekarisierung aus und die Arbeitseinkommen fallen deutlich hinter der allgemeinen Reichtumsentwicklung zurück. Zu Recht bestehen die Gewerkschaften im entfesselten Kapitalismus auf der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und auf Maßnahmen der Armutsbekämpfung. Der Sache nach ist damit aber ausgesprochen, dass ohne politische Intervention eine gesellschaftliche Reproduktion des Arbeitsvermögens im entfesselten Kapitalismus auf erhebliche Hindernisse gestoßen ist. Und selbst in den kapitalistischen Ländern, in denen mit dem Mindestlohn und der Armutsbekämpfung eine wirksame untere Haltelinie in der Einkommensverteilung etabliert ist, stellen wir eine Vertiefung des sozialen Gegensatzes zwischen Armen und Reichen fest. Die Perspektive eines neuen Zeitalters der gesellschaftlichen Arbeit, basierend auf einer gesteuerten Ökonomie, kontrollierten Verteilungsverhältnissen, radikaler Arbeitszeitverkürzung und einer Expansion sozial-kultureller Beschäftigungsfelder droht mindestens bei den subalternen sozialen Schichten zu verschwinden, wenn nicht die Realisierbarkeit einer weitgehend repressionsfreien und existenzsichernden bedarfsorientierten Mindestsicherung aufgezeigt wird.

Paradigmenwechsel

Die Verfechter des BGE erachten Mindestlohn und wohlfahrtsstaatliche Armutsbekämpfungspolitik als bloßes Herumkurieren am Symptom.

Den Paradigmenwechsel in der Sozial- und Gesellschaftspolitik umreißen Hohenleitner/Straubhaar (2007: 14) folgendermaßen: »Das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens weicht vom Prinzip des Forderns und Förderns und damit von den Kombilohn-Modellen ab. Es geht auch über das von der FDP vorgeschlagene Bürgergeld hinaus. Es vernachlässigt das Prinzip der Gegenleistung. Alle sollen soziale Hilfe erhalten und nicht nur, wer auch bereit ist, etwas dafür zu tun. Es wird ohne Gegenleistung, ohne Bedingung und ohne Antrag als sozialpolitischer Universaltransfer ausbezahlt. Es geht somit auch über den sozialen Ausgleich der Sozialen Marktwirtschaft hinaus.«

Es gibt bekanntlich unterschiedliche Grundeinkommenskonzeptionen (vgl. Bischoff 2007a). Bei den neoliberalen BGE-Protagonisten bleibt die Realität des gesellschaftlichen Wertschöpfungs- und Verwertungsprozesses unverändert – es bleibt die Zeitverteilung, es bleiben die entfremdeten Strukturen bei der Verausgabung von Arbeit und auch die Reproduktion sozialer Ungleichheit in den der Produktion nachgeordneten Gesellschaftssphären (Bildung, Gesundheit, Freizeit, Kultur, Politik) bleiben bestehen.

Offen ist ferner, wie eine Erhöhung des Grundeinkommens erfolgen könnte. BGE-Protagonisten wie Werner und Straubhaar zielen gleichwohl auf einen Einstieg in eine neue Entwicklungskonzeption – im Rahmen der überlieferten Grundstrukturen soll für die unteren sozialen Schichten eine neue Zukunftsperspektive eröffnet werden. »Natürlich wären mit einem Grundeinkommen finanziell keine großen Sprünge zu machen, geschweige denn ein luxuriöses Leben zu führen... Sein garantiertes Einkommen würde den Bürger von seinen dringendsten Existenzsorgen befreien – wodurch er erst den nötigen Freiraum bekommt, um etwas für ihn selbst Sinnvolles und für die Gesellschaft Nützliches zu tun.« (Werner 2007: 78)

Die Stärke und Attraktivität dieser Konzeption liegt in der Überlegung, dass die subalternen Schichten von Bevormundung, Ausschnüffelung und Kontrolle befreit werden. Die Verfechter des Grundeinkommens rücken also nicht nur den immer größer werdenden Teil der Bevölkerung in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung, der materiell vom gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt wird, sondern sie machen die repressive, entwürdigende Praxis des Umgangs mit diesen Bürgern zum Problem. Zugespitzt formuliert Werner: »Es ist kein Schönheitsfehler, sondern ein Skandal, der Sündenfall eines längst ausgedienten Systems. Hartz IV ist ... fast schon offener Strafvollzug in gesellschaftlicher Isolation.« (ebd.: 10)

Sozialutopie?

In der Bundesrepublik Deutschland unterliegen Millionen BürgerInnen einem bürokratisch-repressives System der Anspruchskontrolle. Die Sozialverbände kritisieren die Höhe der Sozialtransfers als absolut unzureichend; die Missstände tauchen in regelmäßigen Abständen in der Tagespresse unter den Stichworten Kinderarmut, Zwangsumzüge, Sozialbestattung etc. auf. Weil tief im gesellschaftlichen Alltag die Vorurteile von Sozialmissbrauch und Erschleichung gesellschaftlicher Unterstützungen verankert sind, gibt es keine machtvollen Anstrengungen zu einer deutlichen Verbesserung dieser Praxis. Die Anhänger eines bedingungslosen Grundeinkommens wundern sich über die gesellschaftliche Heuchelei: »Ein schärferer Blick auf die Wirklichkeit zeigt..., dass es heute de facto das Grundeinkommen längstens schon gibt. Es gibt die Sozialhilfe und eine aufgeklärte christliche Gesellschaft wird niemals zulassen, dass Menschen ohne Nahrung und Kleider, obdach- und würdelos dahinvegetieren. Sie wird in jedem Fall in der einen oder anderen Weise einen Absturz ins Bodenlose zu verhindern suchen und ein wie auch immer geknüpftes Auffangnetz auslegen. Dass ein Sicherheitsnetz ohnehin besteht, ist die fundamentale Rechtfertigung für ein bedin-

gungslos gewährtes Grundeinkommen zur Sicherung des Existenzminimums.« (Hohenleitner/Straubhaar 2007: 14)

Hier haken die BGE-Kritiker ein: Entweder sei das Niveau des BGE so niedrig, dass es die Armutskarrieren zementiere, oder es sei nicht finanzierbar und folglich eine in der Substanz romantisch-reaktionäre Utopie. Aber auch dieses Argument lassen BGE-Befürworter wie Werner nicht gelten. Sie halten dagegen: In den kapitalistischen Metropolen sei ein historischer Punkt erreicht, der eine neue Entwicklungsperspektive eröffne: eine Gesellschaft, in der der Zustand des Mangels überwunden ist. »Die Scheu, die davor besteht, die paradiesischen Zustände, in denen wir ja de facto längst leben, tatsächlich anzunehmen und zu nutzen, muss wohl angeboren oder weitergegeben worden sein. Wir können es noch nicht fassen und wollen es vielleicht auch nicht verstehen, dass erstmalig ... für alle genug da ist ... Fortschritt und Rationalisierung haben uns einen Überfluss beschert, den es in dieser Form noch nie gab. Statt diese Güter aber allen zugänglich zu machen, wird am Zugang zur Teilhabe ein Flaschenhals eingebaut.« (Werner 2007: 78) Werner knüpft mit dieser Beobachtung vom Übergang aus einer gesellschaftlichen Konstellation des Mangels in eine Ökonomie des Überflusses an eine Debatte aus dem vergangenen Jahrhundert an.

Konjunktur-Perspektiven

Zwischen Prosperitätserwartungen und Krisenszenarien – Workshop, gemeinsam veranstaltet von Helle Panke und WISSENTTransfer, am **Samstag, 16. Juni 2007, in Berlin**

»Abbau der Arbeitslosigkeit auf 3,5 Millionen« – »Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung« lauten die Schlagzeilen. Die Diagnose der Mainstream-Ökonomie: In Deutschland ereigne sich ein »Aufschwung wie im Lehrbuch«. Endlich eine Prosperitätskonstellation nach langer neoliberaler Durststrecke? Thema des Workshops ist die Analyse des Konjunkturzyklus. Gibt es unter Bedingungen nicht mehr beschleunigter Akkumulation oder langfristiger Stagnation überhaupt noch einen stabilen, periodisch wiederkehrenden Konjunkturzyklus? Wird dessen Verlauf noch von der Investitionsentwicklung bestimmt? Bewirken die Vermögenseffekte im Finanzmarktkapitalismus eine Glättung oder spekulative Übertreibung der wirtschaftlichen Schwankungen? Sind mit China und Indien neue Mächte entstanden, die die wirtschaftliche Entwicklung in der längeren Frist prägen werden? Zur Debatte steht auch die Diagnose- und Prognosefähigkeit alternativer Wirtschaftspolitik.

WISSEN



Transfer

Helle Panke
WISSENTTransfer

- 10:00 Begrüßung und Einleitung
10:15-12:00 **Prosperitätskonstellation oder Rezessionsgefahren: die aktuelle Konjunktorentwicklung**
Udo Ludwig (IWH Halle), Dierk Hirschel (DGB-Bundesvorstand, Berlin)
– Diskussion; 12:00 Pause/Imbiss
12:30-14:30 **Stagnation und Überakkumulation: Vollzieht sich die ökonomische Entwicklung noch in zyklischen Bahnen?**
Stephan Krüger (Berlin), Jürgen Leibiger (Dresden), Karl Georg Zinn (Wiesbaden)
– Diskussion; 14:30 Pause
14:45-16:45 **Neue Herausforderungen für alternative Wirtschaftspolitik**
Joachim Bischoff (Wissentransfer/Hamburg), Norbert Reuter (ver.di/Berlin), Klaus Steinitz (Helle Panke/Berlin), Michael Wendl (München) – Diskussion

Teilnahmegebühr: 5,- Euro (inkl. Imbiss)

Veranstaltungsort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin, Tel. (030) 47 53 87 24
Anfahrt: U- und S-Bahnhof Schönhauser Allee, hinteren Ausgang benutzen – die Kopenhagener Str. ist die Querstraße zur Schönhauser Allee. Um Anmeldung bis zum 8. Juni wird gebeten.

Einladungsflyer als pdf und viele weitere Termine und News: www.wissentransfer.info

Jenseits der Ökonomie des Mangels

Keynes hatte im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts auf die Herausforderung eines Übergangs in eine entwickelte gesellschaftliche Ökonomie aufmerksam gemacht. »Wir leiden nicht unter einem Altersrheumatismus, sondern unter wachsenden Schmerzen überschneller Veränderungen, unter der Schmerzhaftigkeit von Korrekturen beim Übergang von einer Wirtschaftsperiode in eine andere.« (Keynes 1930: 115) Die Politische Ökonomie des Mangels erforderte zunächst die Überbetonung des Sparens, damit eine beschleunigte Kapitalakkumulation ermöglicht werde. Mit Blick auf die Periode vor dem Ersten Weltkrieg formuliert Keynes: »Die ungeheuren Anhäufungen von veranlagtem Kapital, die zum Vorteil der Menschheit während des halben Jahrhunderts vor dem Krieg entstanden, hätte es in einer Gesellschaft mit gleichmäßiger Vermögensverteilung nie geben können.« (Keynes 1920: 13) Mit anderen Worten: Die Ungleichheit der Einkommensverteilung war in dieser Entwicklungsetappe aus der Sicht von Keynes eine zentrale Bedingung für die beschleunigte Kapitalakkumulation. Solange die Arbeitsproduktivität und folglich die Differenz zwischen Produktionsergebnis und Lohn je Beschäftigtem noch gering ist, der Bedarf an Realkapital im Verhältnis hierzu jedoch sehr hoch, ist die Kapitalknappheit die Schranke für die Entwicklung des Systems. Diese Kapitalrestriktion kennzeichnet den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Schon im 20. Jahrhundert vollzieht sich die Aufhebung der Kapitalknappheit; die Herausforderung, für eine neue Stufe der Ökonomie einen gesellschaftlichen Ordnungsrahmen zu schaffen, wird allerdings ignoriert. Die überlieferten Machtverhältnisse verhindern, dass die beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte mit einer Politik der Entwicklung des privaten und kollektiven Konsums und der Neuverteilung der Arbeit flankiert wird. Die Folge: In einer Ökonomie des Überflusses werden der Mangel an Konsumgüternachfrage, die Trägheit bei der Verkürzung der Arbeitszeit und die Schwäche des öffentlichen Sektors zur Entwicklungsschranke des Systems.

Die Krisenprozesse haben nichts mehr mit einer Knappheitskonstellation zu tun und können auch nicht mit einer Politik des Sparens oder Verzichts überwunden werden. Gleichwohl bleiben die spätkapitalistischen Gesellschaften in der Vorstellungswelt einer Mangelökonomie stecken. Werner: »Unser Sparwahn ist das Erbe unserer Selbstversorgungs-Vergangenheit, denn mental sind wir noch immer Selbstversorger. Das ist kein Wunder, denn die längste Zeit unseres Menschseins waren wir genau das.« (Werner 2007: 261) Gesellschaftliche Blindheit gegenüber den tektonischen Veränderungen unter der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft ist unser Problem. Die These Keynes' vom Übergang einer Knappheitsökonomie in das Zeitalter einer gesellschaftlich entwickelten Ökonomie ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts aktueller denn je.

Die hohe Geschwindigkeit der Veränderungen von Arbeitsproduktivität und Arbeitsorganisation lässt die politische Klasse, aber auch die Mehrheit der Lohnabhängigen blind bleiben gegenüber den neuen Chancen einer Gesellschaft des

Überflusses. Keynes' These lautete: »In wenigen Jahren – damit meine ich, noch zu unseren Lebzeiten – werden wir in der Lage sein, alle Tätigkeiten in der Landwirtschaft, im Bergbau und im Produzierenden Gewerbe mit einem Viertel der menschlichen Anstrengungen durchzuführen.« (Keynes 1930: 119) Die Gesellschaften hätten – so Keynes – die Möglichkeiten dieser neuen Wirtschaftsperiode noch nicht erfasst. Die mächtige Phalanx aus Big Business und Rentiers widersetzt sich einer Vollbeschäftigungspolitik und nimmt das Nachfragedefizit als Strukturproblem des entwickelten Kapitalismus in Kauf (vgl. Bischoff 2007c).

Absicherung der kapitalistischen Ordnung

Ein Teil der BGE-Verfechter sieht die neue Konstellation und fordert einen Ausweg aus der Sackgasse einer repressiv-erniedrigenden Armutsverwaltung. Sie plädieren für eine Bewältigung der sozialen Polarisierung zwischen Arm und Reich durch ein möglichst einfaches, transparentes, steuerfinanziertes Umverteilungssystem. Dieses sehen sie keineswegs als Barriere gegen die Erwerbsgesellschaft. In der BGE-Konzeption aus dem HWWI ist das Grundeinkommensniveau von vornherein so niedrig angesetzt, dass zusätzliche Erwerbseinkommen erforderlich sind – das BGE erfüllt in diesem Modell zugleich den gewollten Effekt der Unternehmenssubventionierung durch Niedriglöhne. Bei Werner wird mehr mit der Qualität der Arbeit argumentiert: »Das bedingungslose Grundeinkommen will die Arbeit keineswegs abschaffen, geschweige denn gut bezahlte Arbeit ersetzen. Das Grundeinkommen will vielmehr den Zwang, einer schlecht bezahlten und zudem unbefriedigenden Arbeit nachzugehen, beseitigen und damit den Menschen die Möglichkeit einräumen, bei Sicherung ihrer existentiellen Grundbedürfnisse einer sinnvollen Arbeit nachzugehen.« (Werner 2007: 101)

Das heißt: Die Verfechter des BGE wollen eine neue Etappe der kapitalistischen Akkumulation eröffnen, in der mehr oder minder größere Teile der Bevölkerung mit der steuerfinanzierten Mindestsicherung sich auch mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung dauerhaft arrangieren können. Während bei Keynes die Herstellung einer stärker egalitären Einkommensstruktur für eine Gesellschaft im Überfluss steht, wollen die marktwirtschaftlichen Fans des BGE eine Sozialreform, die die Verteilungsverhältnisse unten auffängt, nach oben hin aber nicht deckelt. Diese Konzeption basiert darauf, dass der Zusammenhang zwischen den Fehlentwicklungen und Verwerfungen in der spätkapitalistischen Gesellschaft ignoriert und die offenkundigen Machtverhältnisse verdrängt werden. In der konkreten Ausgestaltung würde eben auch das allgemeine Grundeinkommen – wenn auch ohne bürokratische Bedürftigkeitsprüfung – mehr schlecht als recht an der Grenze eines bescheidenen Existenzminimums liegen. Werner räumt ein, dass die im allgemeinen Grundeinkommen faktisch anerkannte Trennung von Arbeit und Einkommen dem Kapitalismus eine neue Dynamik verleihen soll. Die Arbeit würde mit dem neuen Sozialsystem erheblich verbilligt und damit für viele Kapitalanlagen wieder attraktiv. Logischerweise würde dies



Karikatur: Economist

die schon jetzt bestehende Asymmetrie in der globalen Weltwirtschaftsordnung weiter ausbauen: »Da Deutschland als Exportweltmeister ohnehin über eingespielte Absatzkanäle verfügt, wäre ein exponentielles Exportwachstum zu erwarten.« (ebd.: 104) Der große Irrtum, aber auch die Faszination der Idee des allgemeinen Grundeinkommens gründet darin, dass in einem Kernsektor der Verteilung der gesellschaftliche Sprengstoff entschärft werden kann und dann der weiteren Expansion des Kapitals nichts mehr im Wege steht: »Nicht die Globalisierung ist schuld an der jetzige Lage, keine Heuschrecke, kein Ackermann und keine böse Weltverschwörung des amerikanischen Imperialismus. Wir müssen das erstarrte Denken aufgeben und unsere alten Welterklärungen über Bord werfen.« (ebd.: 167)

Der Unternehmer verspricht sich von einer Radikalreform des Sozialsystems eine höhere Akzeptanz der bürgerlichen Gesellschaft mit ihrer kapitalistischen Wirtschaftsordnung: »Die vielleicht größte Bedeutung des bedingungslosen Grundeinkommens liegt in der Abschaffung der Opferrolle.« (ebd.: 81) Gemeint ist damit, dass auf Grundlage eines bedingungslosen Grundeinkommens die Verteilungskonflikte und der Sozialneid über gravierende Einkommensunterschiede entfallen. Das Grundeinkommen sei »egalitär, weil es alle gleich und gleichermaßen behandelt. Es ist individualistisch, weil es bedingungslos allen, unbesehen persönlicher Eigenschaften, unabhängig von Alter, Geschlecht, Familienstand, Beruf, Erwerb und Wohnsitz gewährt wird.« (Hohenleitner/Straubhaar 2007: 83)

Eingriffe

Die Linke muss den weiteren Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft verhindern, was aber wegen der Ausbildung von prekären, ungeschützten Arbeitsverhältnissen, wachsender sozialer Ausgrenzung und Marginalisierung schwer fällt. Auf der anderen Seite verliert der von den neoliberalen Parteien geführte Block sozialer Kräfte an Reichweite, weil rechtspopulis-

tische Mentalitäten eine Kritik am gesamten politischen Willensbildungssystem der Demokratie bedingen. Die Gründe für gewachsene Existenz- und Zukunftsängste sowie die Krise der politischen Repräsentation wirken als Treibhausbedingungen für rechtspopulistische Mentalitäten und Bewegungen.

In den letzten Jahren sehen wir in den europäischen Metropolen des Kapitals heftige Protest- und Widerstandsaktionen von Lohnabhängigen gegen eine weitere Verschlechterung ihres sozialen Standards. In diesen Konflikten geht es um Kündigungsschutz, die Altersrenten, die Sozialtransfers im Falle von Arbeitslosigkeit und Gesundheitsschutz. Der aktive Teil der Lohnabhängigen wehrt sich gegen eine Verteilungspolitik zulasten ihres Status als Lohnabhängiger. Ohne ein offensives Aufgreifen der drängenden Probleme der Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse und ohne den Kampf für eine repressionsfreie soziale Mindestsicherung werden die Perspektiven einer grundlegenden Reform der kapitalistischen Wirtschaftsordnung schemenhaft bleiben. Der Kampf für eine Vollbeschäftigungskonstellation neuen Typs ist verzahnt mit weitreichenden Eingriffen in die Verteilungsverhältnisse, d.h. zunächst eine wirksame Armutsbekämpfung und eine repressionsfreie soziale Mindestsicherung; darauf aufbauend geht es um radikale Arbeitszeitverkürzung, Ausweitung sozial-kultureller Dienste und Förderung »sinnvollen« Konsums.

Literatur

- Berliner Debatte Initial (BDI) (2007): Grundeinkommen, 18. Jg., Berlin.
 Blaschke, R. (2007): Bedingungsloses Grundeinkommen – Ausbruchversuch aus der Marktlogik, in: BDI.
 Bischoff, J. (2007a): Allgemeines Grundeinkommen. Fundament für soziale Sicherheit?, Hamburg.
 Bischoff, J. (2007b): Von der verlorenen Utopie: Vollbeschäftigung oder Grundeinkommen, in: BDI.
 Bischoff, J. (2007c): Mit Keynes in die Zukunft? Zu einigen Aspekten der intellektuellen Doppelkrise der politischen Linken, in: v.d. Linden, M./Lieber, C. (Hrsg.): Kontroversen über den Zustand der Welt. Weltmarkt – Arbeitsformen – Hegemoniezyklen, Hamburg.
 Busch, U. (2007): Integration durch Arbeit oder sozialstaatlich alimentierte Exklusion, in: BDI.
 Hohenleitner, I./Straubhaar, T. (2007): Bedingungsloses Grundeinkommen und solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte, Hamburg.
 Opielka, M. (2007): Grundeinkommen als umfassende Sozialreform, Hamburg.
 Keynes, J. M. (1920): Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, Berlin.
 Keynes, J. M. (1925): Bin ich ein Liberaler, in: Reuter, N. (1998): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg.
 Keynes, J. M. (1930): Wirtschaftliche Möglichkeiten unserer Enkelkinder, in: Reuter, N. (1998): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg.
 Koch, H./Koufen, K. (2007): Brauchen wir ein neues Sozialsystem, in: TAZ vom 30.4.2007.
 Kreutz, D. (2007): Wider den Götzen »bedingungsloses Grundeinkommen«, in: BDI.
 Land, R. (2007): Grundeinkommen und Vollbeschäftigung in: BDI.
 Schneider, C. (2007): Arm mit Althaus, in: Berliner Republik Heft 3.
 Werner, G. (2007): Einkommen für Alle, Köln.